

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
= Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 60 =

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Klar zum Gefecht!

Nun naht der Frühling. Vorüber ist die trübe Winterzeit. Hart und schwer hat sie auf manchem Mitglied des christlichen Bauarbeiterverbandes ge- ruht. Auf den von öfterer Arbeitslosigkeit unterbro- chenen Sommer und Herbst, die gänzliche Arbeitsruhe des Winters. Das verträgt die bestfundierte Fa- milie auf die Dauer nicht. Und so begrüßen alle, so- wohl die von unfreiwilliger Arbeitsruhe betroffenen wie auch die anderen, daß es nun beginnt lebendig zu werden auf den Baustellen; daß Arbeit und Verdienst winkt.

Ein hartes Jahr hat das Baugewerbe hinter sich. Die Gründe dafür brauchen wir nicht zu wiederholen, sie sind uns allen gut bekannt. Ob's nun besser wird? O ja! Wichtige Anzeichen sind dafür vor- handen, und zuversichtlich hoffen wir, daß eine gün- stigere Entwicklung einsetzt. Für eine Besserung sind die Verhältnisse insgesamt angetan: Leichtere Geld- beschaffung, herabgesetzter Zinsfuß und vielfacher Wohnungsmangel. Für die Hebung der Konjunktur im Baugewerbe sind dies Faktoren von ausschlag- gebender Bedeutung.

Frei ist die Bahn der Entwicklung. Noch für zwei vollständige Jahre garantiert der abgeschlossene Tarifvertrag dem Baugewerbe den Frieden. Für die Baukunst ist das von günstiger Wirkung. Drohende wirtschaftliche Kämpfe schränken dieselbe ein.

Noch ein weiterer Faktor! Die im Tarifvertrag vorgesehene zweite Lohnerhöhung tritt mit dem kom- menden 1. April in Kraft. Somit winkt unseren Mitgliedern eine weitere Verbesserung ihrer Lohner- hältnisse. Sie empfangen einen neuen Erfolg ihrer ge- werkschaftlichen Organisation.

Warum heben wir diese Umstände hervor? Be- darf es noch dieser Frage? Ganz gewiß nicht. Denn jeder von uns wird wissen, daß die hier aufgeführten Momente die denkbar günstigste Grundlage für unsere Frühjahrsagitation abgeben.

Eigentlich soll und kann die Agitation inner- halb der gewerkschaftlichen Organisation nie ruhen. Wenigstens so lange nicht, wie die organisationsfä- higen Berufsangehörigen ihrer Gewerkschaft noch nicht alle angehören. Eine andere Frage ist's jedoch, ob die Agitation im alltäglichen, langsam dahinschleppenden Gang betrieben, oder ob sie nach einem großzügig angelegten Plan mit allen verfügbaren Kräften durch- geführt wird. Wo alsdann auch der, der sich sonst der Agitation nur lässig oder gar nicht widmet, sich ihr jetzt mit ganzer Energie hingibt.

Solche Aktionen kann man nicht immer, auch nicht allzuoft machen. Der Eifer stumpft sonst ab. Es muß ein umfassender Fond von Energie ange- sammelt werden, der alsdann mit elementarer Wucht sein Ziel sucht. Aus diesem Grunde sind unsere Mit- glieder seit längerer Zeit von größeren Anforde- rungen verschont geblieben.

Das wird nun anders. Wir glauben, daß nunmehr genug Kräfte gesammelt sind, um zu einer großzügigen Aktion auszuholen. Das kommende Frühjahr muß den christlichen Bau- arbeiterverband um Tausende neuer Mitglieder vor- wärts bringen, und das erfordert die Anspannung aller nur verfügbaren Kräfte. Und aus diesem Grunde wendet sich der Hauptvorstand an sämtliche Funktio- näre, Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute des Verbandes, mit Energie und Aussicht die Vorberei-

tungen für die Frühjahrsagitation in die Wege zu leiten. Aber auch an jedes Mitglied richtet sich diese Aufforderung, es darf sich keiner von der Arbeit ausschließen.

Nicht von heute auf morgen wird die Aktion durchgeführt. Der Zeitpunkt dafür wird früh genug mitgeteilt. Nur zu den Vorbereitungen dazu wird aufgefordert.

Wir wollen einen frisch-fröhlichen Werbekampf in die Wege leiten. Aber auf der ganzen Linie, kein einziges Dorf darf ausgenommen sein. Unser Agi- tationsfeld ist das ganze Deutschland. Davon wird kein Titelfeld gestrichen.

Also, Führer vor die Front! Mitglieder in Reihe und Glied! Es gilt neue Kräfte zu wecken, neue Streiter für uns zu gewinnen. Und wir spannen die Erwartungen recht hoch. Die Parole muß sein: Vorwärts. Uns zum Schutz und den vielen uns umgebenden Feinden zum Trutz.

## Die Wahlen der Versicherungs- vertreter an den Versicherungs- ämtern stehen bevor!

I.

Die Wahlen zu den Ausschüssen und Vorstän- den der Krankenkassen sind für die christlich-nationa- le Arbeiterbewegung im allgemeinen gut, an vielen Stellen sogar glänzend ausgefallen. Mit Recht wurde stets betont, daß von dem Ausgang dieser Wahlen das Resultat der kommenden Wahlen zu den Ver- sicherungsbehörden völlig abhängt. In nächster Zeit sollen nun die Wahlen zu der untersten Stufe des behördlichen Aufbaus und Instanzenzuges, zu den Versicherungsämtern, stattfinden. Darum gilt es nunmehr, die errungenen Positionen in den Vorständen der Krankenkassen verschiedenster Art bei der Wahl der Versicherungsvertreter zu den Ver- sicherungsbehörden restlos auszunützen. Die Kran- kenkassenvorstandsmitglieder aus dem Kreise der Ver- sicherten wählen ja bekanntlich die Arbeitervertreter an den Versicherungsämtern. Gut wird es sein, wenn wir uns kurz noch einmal

die Zusammensetzung der Versicherungsämter vergegenwärtigen. Die Versicherungsämter waren ursprünglich in der Regierungsvorlage als selbstän- dige Ämter, mit einem unabhängigen Amtmann an der Spitze, gedacht; so fanden sie jedoch im Reichs- tage keine Mehrheit, da man sowohl ein „Auswach- sen dieser Ämter“ wie auch eine zu große finanzielle Mehrbelastung befürchtete. An Stelle selbständiger Ämter ist nun in der Regel den unteren Verwal- tungsbehörden eine Abteilung für Arbeiterversiche- rung, die man als Versicherungsamt bezeichnet, an- gegliedert. In Preußen z. B. ist die Angliederung der Versicherungsämter, abgesehen von den größeren, insbesondere freisreien Städten an die Landrats- ämter, als untere gemeindliche Verwaltungsbehörde, vollzogen. Die oberste Verwaltungsbehörde (das Mi- nisterium) kann ein Versicherungsamt für den Be- zirk mehrerer unteren Verwaltungsbehörden bei einer dieser Behörden errichten. Der Stellung und den Aufgaben des Versicherungsamts entsprechend kann nicht jede Gemeindebehörde Sitz eines Versicherungs- amts sein, sondern, wie schon angedeutet, in der Regel nur eine Behörde mit größerem Bezirk, wie z. B. der Kreis, das Bezirksamt, die Amtshaupt- mannschaft u. a. m.

Als Vorsitzender wird der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde bestimmt; es kommen hierfür in Betracht u. a. der Landrat, Bezirksamtmann, Oberamtmann und die Bürgermeister der Städte, die sich alle natürlich für dieses Tätigkeitsgebiet einen Stellvertreter bestellen. Bisher sind die Ar- beiten der Versicherungsvertreter von den Besitzern bei den sog. „Unteren Verwaltungsbehörden“ er- ledigt worden. Der Reichsanwalt hat durch Ver-

fügung vom 12. Juli 1913 die Amtsbauer dieser Besitzler bis zum 31. Dezember 1914 verlängert. Jedoch sollen die Versicherungsvertreter zu den neuen Versicherungsämtern, laut Erlass des preussischen Mi- nisteriums für Handel und Gewerbe vom 22. Juli 1913 im ersten Halbjahr 1914 so zeitig gewählt wer- den, daß sie am 1. Juli 1914 ihr Amt übernehmen können. In den vom Gesetz näher bestimmten Fällen sind vom Vorsitzenden als Besitzer des Versicherungs- amts sowohl Versichertervertreter als auch Arbeit- gebervertreter und zwar in gleicher Zahl beizuziehen. (§ 40 RVD.)

Für jedes Versicherungsamt sind mindestens je sechs Versichertervertreter und Arbeitgebervertreter zu wählen. Ihre Zahl kann vom Versicherungsamt mit Genehmigung des Oberversicherungsamts sowie von diesem nach Anhören des Versicherungsamts er- höht werden. Ein Versichertervertreter darf nicht zugleich besoldeter Beamter des Versicherungsamts oder Versichertervertreter bei einem anderen Ver- sicherungsamt oder Besitzer bei einem Oberversiche- rungsamt oder nichtständiges Mitglied des Reichs- oder eines Landesversicherungsamts sein (§ 41). Das Amt eines Versichertervertreter ist ein Ehrenamt; doch werden Barauslagen vergütet und der ent- gangene Arbeitsverdienst ersetzt.

Die Aufgaben der Versicherungsämter sind recht vielfältig und für die Versicherten von der allergrößten Bedeutung. Ihre Tätigkeit zerfällt in eine allgemeine und in eine solche spezieller Natur.

1. Sie haben die Geschäfte der Reichs- versicherung als untere Spruch-Be- schluss- und Aufsichtsbehörde wahrzuneh- men und Auskunft in Angelegenheiten der Reichs- versicherungsordnung zu erteilen. Sie können die Versicherersträger in deren Angelegen- heiten unterstützen. Auch können ihnen die Lan- desregierungen noch andere Aufgaben aus der knappschäftlichen Versicherung übertragen.

2. Aufgaben für alle Zweige der Reichs- versicherung sind: Leitung der Wahl der Ver- sicherervertreter; Anordnung betr. Ge- wohnheitsrichter; Gutachten bei Festsetzung Ortslohnes. Entscheidung bei Erstan- sprüchen und anderen Spruchfällen.

3. Aufgaben für die Krankenversiche- rung: Aufsicht über die Kassen und Kas- senverbände; Mitwirkung bei der äußeren Organisation der Kassen; Entscheidung in Streitfällen und auf Beschwerden; Bestäti- gung von Kassenbeamten bei Streit; Ge- nehmigung der Krankenordnung; Festset- zung des Wertes der Koh- und Pilsstoffe bei Hausgewerbetreibenden; Befugnis in Straf- sachen.

4. Aufgaben aus der Unfallversiche- rung: Teilnahme an der Unfallunter- suchung; Mitwirkung bei der Bescheidertei- lung; Entscheidung einzelner Streitigkei- ten, Mitwirkung bei Anmeldung der Betrie- be, dem Betriebsverzeichnis, Prämien- zahlung usw.; Festsetzung von Geldstra- fen; Anordnung der Haftung von Bau- herren, Beleidigung von technischen Aufsichtsbeamten usw.

5. Aufgaben für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung; Entschlei- dung auf Anträge, Beschwerden, Streit- tigkeiten; Beteiligung an der Ueber- wachung; Befugnis in Strafsachen; Vor- bereitung des Bescheides.

Eine weitere Aufgabe der Besitzer an den Ver- sicherungsämtern ist es, sowohl die Besitzer zu den Oberversicherungsämtern, wie auch die Ausschüsse der Invalidenversicherungsanstalten, zu deren Be- zirk sie gehören, zu wählen. Außerdem haben sie noch das Recht, die Versicherervertreter bei den land- wirtschaftlichen Berufsvereinigungen zu wählen, soweit deren Sektionen in ihre Versicherungsamtsbezirke fallen.

Diese knappen Darlegungen erhellen ohne wei- teres die großen Befugnisse und die schwere Ver- antwortung, die den Arbeitervertretern am Ver- sicherungsamt zugeteilt sind.

Mag dir auch ein hohes Ziel mißglücken,  
Was du immer Gutes willet, das tu!  
Manchen sah ich, der sogar auf Krücken  
Einem hohem Ziele hinkte zu.

Zoozmann.

### Die vor der front stehen

Die beginnende Frühjahrarbeit muß uns alle auf dem Posten finden, sie erfordert unser aller Kraft. Den Vorständen und Vertrauensmännern aber legt sie besondere Pflichten auf. Sie bilden den Grundstock des Verbandes. Auf sie kommt's in erster Linie an, ob das Ziel erreicht werden soll, das im Leitartikel der heutigen Nummer vorgezeichnet ist. Mit den Aufgaben und Pflichten, die gerade in diesen Tagen an sie herantreten, müssen sie es deshalb besonders ernst nehmen.

Dringende Pflicht der Vorstände muß es vor allem sein, mit allem Nachdruck auf eine Neuhebelung des Versammlungswezens hinzuwirken. Als Binde- und Bildungsmittel genügt das Verbandsorgan allein nicht; das gesprochene Wort muß hinzukommen. Deshalb können wir auf die Mitgliederversammlungen nie verzichten. Sie erst schaffen jenen engen Kontakt zwischen Leitung und Mitgliedern und den Mitgliedern untereinander, der notwendig ist, um verschiedenartig geartete und veranlagte Menschen zur Erreichung eines Zieles dauernd zusammenzufassen. Die Mitgliederversammlung ist der lebendige und schönste Ausdruck der gewerkschaftlichen Elementarorgane, der Kollegialität. Vernachlässigung des Versammlungswezens bedeutet Erschlüpfung und schließlich gänzliches Verfallen des kollektiven Zusammenhaltens und Zusammenarbeitens. Mancher Jahressitzungsleiter und Kassierer klagt über mangelhafte oder gänzlich fehlende Mitarbeit seitens der Kollegen. Wie sollen sie auch Mitarbeiter bekommen, wenn ein großer oder der größte Teil der Mitglieder andauernd die Versammlungen nicht besucht, mithin auch nicht weiß, was an gewerkschaftlicher Arbeit zu leisten ist und wo und wann sie getan werden muß. Denn man gehe dem Uebel auf den Grund, und man wird finden, daß in weitaus den meisten, wenn nicht allen Fällen zwischen dem Mangel an Mitarbeitern und dem Darniederliegen des Versammlungswezens ein enger Zusammenhang besteht. Also Neuhebelung des Versammlungswezens, das ist eine der ersten Pflichten, die den Vorständen in der jetzigen Zeit obliegt.

Der Grundpfeiler der gewerkschaftlichen Organisation ist das Kassienwesen. Eine starke Kasse erhöht das Selbst- und Standesbewußtsein der Mitglieder und stärkt das Vertrauen zur Organisation. Voraussetzungen sind aber, daß die Kassenzuführung eine geordnete ist. Bis hinunter zur kleinsten Vertrauensmannschaft im entlegenen Gehirnschen muß die Einlassierung und Verwaltung der Mitgliedsbeiträge in Ordnung und nach kaufmännischen Regeln sich vollziehen. Die Einnahmen und Ausgaben, die Kassenbücher und Kassenbestände müssen in den Kassenbüchern rein sauberlich verwahrt werden. Die Einnahmen müssen gewissenhaft und fortlaufend gemacht werden, damit sie jederzeit eine klare Übersicht über die weitere und äußere Entwicklung der Zahl- oder Verwaltungskasse ermöglichen. Dazu ist allerdings notwendig, daß bei Einlassierung der Beiträge gewisse Grundregeln beachtet werden, von denen nicht abgegangen werden darf. Vor allem ist zu fordern, daß die Einlassierung der Beiträge allwöchentlich geschieht. So von diesem Grundsatze abgewichen wird, ist es immer vom Uebel. Nichtwöchentliche Einlassungen bedeutet praktisch in der Regel monatliche Kassiererei. Das ist aber ein Zustand, der dem Interesse des Verbandes durchaus nicht mehr förderlich ist. Die Bezahlung von hier und fünf Wochenbeiträgen auf einmal fällt immer schwerer, besonders wenn irgendwelche mißliche Verhältnisse, Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. in der Familie eingetreten sind. Manches Mitglied ist der Organisation halber dieser Kaufleute natura geworden, bei welcherfalls es sehr wohl hätte erhalten werden können. Die nächste Bedingung einer ungeordneten Kassenzuführung aber ist, daß dem Vorstand der Überblick über den Stand und die Entwicklung der Organisation verloren geht. Der Vorstand weiß nicht, was es nicht vorwärts geht, was nicht, wo es steht. Er kann und wird deshalb in den ... nicht die richtigen Maßnahmen treffen. ...

sundheit einer Bewegung und zum guten Teil auch das Maß ihres Fortschritts.

Da die beitragspflichtige Zeit mit dieser Woche wieder beginnt, müssen die Zahl- und Verwaltungskassierer die nötige Vorarbeit bereits getroffen haben. Das nötige Material: neue Marken, Kassen- und Hauskassiererbücher, sollten überall zum Gebrauch fertig liegen, damit das Kassengeschäft mit der ersten beitragspflichtigen Woche seinen geordneten Anfang nimmt und nicht etwa eine Verzögerung erfährt, die in der Saumseligkeit des Kassierers ihren Grund hat. Der Kassierer soll nicht zuviel Marken auf einmal beziehen, dann besteht auch nicht die Gefahr, daß er größere Posten verliert. Aus dem gleichen Grund soll er auch dem Hauskassierer nicht mehr Marken geben, als dieser unbedingt gebraucht, in der Regel nicht mehr, als er zu einem einmaligen Kassierungsgang ungefähr nötig hat. Und nicht zuviel Markensorten von der Zentrale beziehen. Eine Sorte für jeden Beruf sollte genügen. Dadurch vereinfacht sich auch die Kassenzuführung.

Besondere Aufmerksamkeit und Pflege muß dem Hauskassiererapparat gewidmet werden. Etwa vakant gewordene Hauskassiererposten sind sofort neu zu besetzen. Bei Einteilung der Hauskassiererbezirke achte man darauf, daß die einzelnen Bezirke räumlich oder nach Zahl der zu bedienenden Mitglieder nicht zu ausgedehnt sind. Das macht dem Hauskassierer die Arbeit ungebührlich schwer und ist oft die einzige Ursache, daß die genügende Anzahl Hauskassierer nicht zu haben ist.

An alle Mitglieder ergeht die dringende Bitte, die Geschäftsführung im Verbandsverbande dadurch zu erleichtern und zu fördern, daß sie sich ordnungsgemäß ab- und anmelden. Der heutige Zustand ist tatsächlich ein arger Krebsgeschaden für den Verband. Man reist in einem Orte zu und reißt ab; dies aber der Verbandsleitung anzuzeigen, fällt den meisten nicht ein. Vielleicht schimpft man nachher obendrein noch auf die letztere, weil man die „Bangerwerkschaft“ nicht zugestuft erhält. Daß die örtliche Leitung doch nicht riechen kann, wenn fremde Kollegen zugereist sind, bedenkt man meist nicht. Wo schaffen wir hierin endlich einmal Wandel. Es muß uns sozusagen in Fleisch und Blut übergehen, daß wir beim Verlassen eines Arbeitsortes uns ab- und am neuen Platz anzumelden haben. Wo in einem Orte eine Zahlstelle nicht besteht, wende man sich an die nächste Bezirks- oder Verwaltungsstellenleitung oder an die Zentrale in Berlin. Tatsache ist jedenfalls, daß viele Hunderte alljährlich dem Verbandsverbande verloren gehen nur deshalb, weil das An- und Abmelden vernachlässigt wurde. Wir denken, das sollte genügen, um allseits die Erkenntnis von der unumgänglichen Notwendigkeit des An- und Abmeldens herbeizuführen.

Vorstände, Vertrauensmänner und Mitglieder sollten sich gegenseitig anerkennen und unterstützen, damit im Verbandsverbande auch nach der geschäftlichen und Verwaltungsseite jenes Maß von Ordnung erreicht wird, ohne das eine große Bewegung nicht gedeihen kann. Man erhebe nicht, wie das leider oft geschieht, den Vorwurf des „Bureaunkritikismus“. Die Verbandsgelder sind allesamt mühsam und seiner wertvolle Arbeitsergebnisse, die gar nicht vorzüglich und gewissenhaft genug verwaltet werden können. Ohne eine geordnete Sachführung, und die ist unter dem „Bureaunkritikismus“ doch wohl in der Hauptsache verstanden, geht das nun einmal nicht ab. Gewiß, viel Arbeit steckt darin, Arbeit, die uns um so schwerer fällt, als sie den Allermeisten von uns in keiner Weise geläufig ist. Aber sie muß getan werden. Sie wird uns leichtfallen, wenn wir uns immer wieder ins Bewußtsein rufen, weshalb wir überhaupt die gewerkschaftliche Arbeit leisten: Wir tun sie aus dem heißen Sehnen heraus, den Arbeiterstand, unseren Stand, vorwärts zu bringen, ihn emporzuheben, damit auch ins Arbeiterleben ein Strahl von Licht und Sonnenschein fällt!

### Wo brennt's?

In Allenstein ist der frühere geistige Führer von „Sitz Berlin“ unter die Räder gekommen. Ein jenseitiger Patron, dieser Uhlig, der die Gelder von Bauernhäusern und Armenhausinsassen unterschlug, und sie lieberlich verpraktete. Dabei war er ein ganz gefährlicher Paria, der nicht laut genug in die Welt schreien konnte: Ich bin katholisch, katholisch usw. Sehr oft werden die Menschen bei „Sitz Berlin“ danach beurteilt, mit wieviel Zungenkraft und Weite des Mundes sie dieses in die Welt posaunen können. Wir hatten auch richtig geraten, als wir annahmen, daß der „Arbeiter“ das Organ von „Sitz Berlin“ seinen Besessenen nicht über diese schmierige Geschichte mitteilen würde. Genau so wenig wie den Kassierer seines Berliner Vereines, der so gar ein ... selber für einen Alibi unterschlug und dafür ein ... erzielte. Nur die Splitter im Auge des Nächsten sieht das ...

liner“ Organ, nicht aber den Bassen im eigenen Auge. Bei dem verdorbenen Charakter dieses Blattes ist das nicht anders zu erwarten.

In Allenstein selbst aber brennt's dem „Sitz Berlin“ doch ganz erlich unter den Fingern. Um meisten scheint der dortige „Berliner“ Sekretarius Kuczinski in Schwulst zu sein, und so sucht er noch zu retten was zu retten ist. Und deshalb sendet er uns eine „Berichtigung“, von der man in erster Linie merkt, daß ihm kein geistiger Berater mehr zur Seite steht. Der schönste Satz darin ist:

„Es ist nicht richtig, daß Uhlig mein engster Freund ist.“

Darüber werden die Allensteiner, die die Verhältnisse kennen ein riesiges Gelächter anstimmen. Kuczinski kein Freund von Uhlig: Ober wenigstens kein Freund von ihm gewesen, denn wenn jemand so unter die Räder kommt wie Uhlig, dann rückt man möglichst weit von ihm ab. Von K. aber ist das nicht nur unschön, sondern auch undankbar. Denn es hat, wie Eingeweihte behaupten, Zeiten gegeben, in der Uhlig die eigentliche Seele des Allensteiner Arbeitersekretariats gewesen sei. Ober will K. leugnen, daß U. ihm nicht mit Rat und Tat zur Seite gestanden habe?

Im übrigen scheint er aber doch noch etwas für Uhlig übrig zu haben, denn er berichtigt Dinge für diesen, die nicht ihn, Kuczinski, sondern Uhlig allein angehen. Und dieserhalb sollte er sich nicht an uns, sondern an das „Westpreussische Volksblatt“ und die „Allensteiner Zeitung“ wenden, denen wir unsere Angaben entnahmen. Im übrigen Sekretarius Kuczinski: Wenn man sich auf einen Gesetzesparagrafen beruft, soll man ihn auch kennen.

Etwas scheint der Herr Sekretär aber doch schon gelernt zu haben: Er sucht abzulenken. Anstatt seine Mitglieder über die ungemein schmierige Handlungsweise seines ehemaligen Freundes aufzuklären, verbreitet er einen Artikel im „Arbeiter“ über den angeblichen Terrorismus der christlichen Bauarbeiter in Allenstein. Er handelt dabei nach der Taktik, du darfst nicht alles sagen, was wahr ist, weil sonst, das was du sagst, nichts mehr wert ist. Und was sagt er und was sagt er nicht? Er sagt, daß im Jahre 1912 unser Angestellter in Allenstein zu 100 M und zwei Mitglieder wegen Bedrohung und Beleidigung Arbeitswilliger zu je 50 M Geldstrafe verurteilt worden sind. Daß auch der Unternehmer wegen Beleidigung unserer Mitglieder gerichtlich bestraft wurde, teilt er nicht mit. Er teilt auch nicht mit, daß es sich um eine Hausperre zur Durchführung des bestehenden Tarifvertrages handelte, wozu wir auf Grund des Vertrages verpflichtet waren. Der Unternehmer weigerte sich, den tariflichen Lohn zu zahlen.

Er teilt einen zweiten Fall mit, der sich kürzlich ereignete und worüber wir schon berichteten, wonach unser Vertrauensmann Karrek zum Polier gegangen sei und die Entlassung eines Maurers Namens Kullit forderte, weil er nicht in den christlichen Bauarbeiterverband eintreten wollte, wofür er gerichtlich zu 60 M Schadenersatz verurteilt wurde. Nicht aber teilt er mit, daß zunächst Kullit sich vorher allerhand verächtliche Neußerungen über den Verband erlaubte, die eigentlich erst zu den Auseinandersetzungen führten. Darüber kam es zur Entlassung, das Gericht hat auch nur angenommen, daß unser Vertrauensmann mitschuldig an der Entlassung gewesen sei. Als der Streit entstand, benachrichtigte der Unternehmer unseren Angestellten, und nach Rücksprache mit demselben sollte Kullit des Mittags wieder anfangen. Er tat es nicht, sondern verklagte unseren Vertrauensmann. Wer hat ihm den Rat dazu erteilt? Etwa Kuczinski selbst? Warum vergißt er diese Umstände in seinem Verbandsorgan?

Kuczinski teilt weiter mit, Kullit habe mit dem christl. Bauarbeiter-Verb. „schlechte Erfahrungen gemacht“. Warum weiß er nicht auch, daß diesem, als er vom Unternehmer wegen Trunkenheit im Frühjahr 1913 entlassen wurde, die geforderte Maßregelungsunterstützung verweigert werden mußte. Er versuchte alsdann mit roher Gewalt sich die Unterstützung zu verschaffen, ständlierte ganz fürchterlich, und erst die Drohung mit der Polizei brachte ihn vom Verbandsbureau. Nur mit Rücksicht auf seine Familie wurde von einer Klage wegen Hausfriedensbruch abgesehen. Erst in den letzten Tagen, wahrscheinlich aus Freude über die 60 M, demonstrierte er seine Wohnung. Beim Einschlagen der Fenster verletzte er sich derartig, daß er den Arzt in Anspruch nehmen mußte. Natürlich nahm er auch die Krankenkasse in Anspruch, die ihm aber, nachdem sie die Ursache der Verletzung erfahren hat, das Krankengeld entzog. Das ist der Schicksal des Sekretarius Kuczinski. Wir kondolieren. Ist Kullit vielleicht Mitglied von „Sitz Berlin“ geworden?

So sieht die ganze Wahrheit. Wir sind es nicht gewohnt etwas zu vertuschen und die Doffentlichkeit irre zu führen, wie es im „Sitz Berlin“ gang und gäbe ist. Dabei sei ausgesprochen, daß wir jeden

Terrorismus verurteilen, auch wo unsere Allensteiner Kollegen gefehlt haben.

Kuczinski würde seinen Charakter nicht ganz enthüllt haben ohne die Bemerkung, der christliche Bauarbeiterverband würde ja die Gerichtskosten usw. für Marvel zahlen, wenn dann die Beiträge der Mitglieder nicht mehr langten, „weil sie zu solchen Zwecken verwandt werden“ würden sie wieder erhöht und bald werde der Wochenbeitrag in Allenstein eine Mark betragen. Darin offeriert sich zunächst der Meid der Beschäftigten. Sodann: Lieber noch das Geld dafür verwenden, als Verleumdungsbroschüren schreiben, die sich an die höchsten kirchlichen Autoritäten richten, wie es bei „Sitz Berlin“ üblich ist, und die die gesamte Arbeiterschaft, insolge der damit bezweckten Verwirrung, ungemein schädigen. Mit obiger Aeußerung kennzeichnet sich der „Arbeitervertreter“ Kuczinski selbst, und doch nimmt auch er sein Brot aus der Hand von Arbeitern. Sie sollten ihn zum Tempel hinauszagen, wie er es verdient.

Wie vom Lehrmeister Uhlig selbst klingt sodann die Frage, ob es nur ein Zufall sei, daß christlich organisierte Bauarbeiter schrittweise zur Sozialdemokratie übergingen, wie z. B. in Königsberg, Soldau, Sensburg, Reidenburg und Mohrungen; auch in Braunsberg und Heilsberg hätten die Sozialdemokraten bereits festen Fuß unter den Bauarbeitern gefaßt. Und er führt ein Beispiel an von Königsberg, wo wir in 1907 1108 Mitglieder gehabt hätten, in 1912 aber nur noch 312. Die letzte Zahl ist richtig, die erste falsch, es waren nur 996. Aber auch hier könnte man fragen, wieso ein so rapider Rückgang eintreten konnte. Die Erklärung ist sehr einfach und Kuczinski weiß sie auch, nur darf er sie nicht seinen Mitgliedern erzählen, weil sie ihn sonst durchschauen. Die Abgesprungenen waren Zwangsmitglieder, weil der Arbeitgeberverband einen obligatorischen Arbeiternachweis unterhielt und niemand Arbeit nachgewiesen bekam, der kein christliches Verbandsbuch hatte. Unter unserer Mithilfe ist der Zwangsnachweis gefallen, und daß dann die Zwangsmitglieder absprangen, wozu der sozialdemokratische Druck noch sein übriges tat, war ganz natürlich, auch von uns erwartet worden. Der Rückgang wurde im Bezirk fast ausgeglichen, denn im Jahre 1908 zählten die beiden jetzt vereinigten Bezirke Königsberg und Danzig 2826 Mitglieder, im Jahre 1912 2636. Der damalige Verlust von fast 700 Mitglieder ist bis auf 190 im Jahre 1912 ausgeglichen, in 1913 dürfte er noch geringer sein. Im gesamten Osten Deutschlands ohne Berlin und die weitere Umgebung zählte der christliche Bauarbeiterverband in 1907 6954 Mitglieder, in 1912 dagegen 9304. Sie verteilen sich wie folgt: Bezirk Königsberg 2636 Mitglieder, Bezirk Posen 1981 Mitglieder, Bezirk Breslau 2244 und Bezirk Rattowitz 2543 Mitglieder.

Weit enormer stieg die Einnahme aus den Wochenbeiträgen in diesen hier genannten Bezirken. Betrug sie in 1907 nur 47 601 M., so stieg sie in 1912 auf 158 020 M. Diese gewaltige Steigerung drückt die Solidität unserer Bewegung am besten aus, so daß wir sagen können, der christliche Bauarbeiterverband ist im Osten Deutschlands gut verankert. So, Sekretarius Kuczinski, stehen die Tatsachen, an ihnen brechen alle „Berliner“ Schwindeleien das Genick. Insbesondere ist die Entwidlung unseres Verbandes in Allenstein selbst sehr lehrreich, denn seit 1900 gehören die dortigen Kollegen unserem Verbands an. Zeigen sich etwa dort die von „Sitz Berlin“ den christlichen Gewerkschaften angebotenen üblen Folgen, oder etwa ein Hinüberneigen zur Sozialdemokratie? Gewisse Stellen sollten uns dankbar sein für unsere Arbeit, denn ohne uns wären die Allensteiner Bauarbeiter heute sicher sozialdemokratisch organisiert.

Allerdings wir haben auch gearbeitet für unsere Kollegen. So betrug z. B. der Maurerstundenlohn in Allenstein in 1901 noch 25 Pfg. bei 11 stündiger Arbeitszeit, in 1915 steigt er auf 62 Pfg. bei 10 stündiger Arbeitszeit, mithin ein wöchentlicher Mehrlohn von ca. 20 M. In Oberschlesien stand der Stundenlohn in 1906 noch auf 38 Pfg., in 1915 steigt er auf 54 Pfg. oder wöchentlich mehr ca. 13 M. Meister Kuczinski, dann können auch Beiträge gezahlt werden, „Sitz Berlin“ aber steckt Beiträge ein, ohne den Arbeitern eine entsprechende Gegenleistung zu bieten. Und wenn sich bei dieser Tätigkeit mal einer in den Maschen des Gesetzes oder auch der Rechtsprechung, die ja augensichtlich noch ungünstiger für die Arbeiter ist wie sonst, verstrickt, dann wird auch der, der nicht von agitatorischen oder auch benutzatorischen Gefühlen geplagt ist, weißes Verhängnis dafür haben. Die Sekretäre von „Sitz Berlin“ kommen in diese Gefahr nicht, sie haben's besser. Dafür sind sie auch auf Grund des Habhabilitationsprozesses unfähig, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Zum Schluß noch eins, Sekretarius Kuczinski. Wo sind denn die Maurer des katholischen Arbeitervereins in Königsberg gewerkschaftlich organisiert? Etwas in den Fachabteilungen? Nein, unseres Wis-

sens sind sie fast alle bei den Sozialdemokraten. Der Braunsberger katholische Arbeiterverein gehört noch zu „Sitz Berlin“. Hat er die Maurer etwa in den Fachabteilungen? Nein. Hätten wir sie nicht gewonnen wären sie heute bei den Sozialdemokraten. Wie steht's in Marienburg? Seit voriges Jahr gehört der Arbeiterverein nicht mehr „Sitz Berlin“ an, die Maurer aber sind schon seit sieben Jahren, und trotzdem sie zum großen Teil Mitglied des Arbeitervereins waren, sozialdemokratisch organisiert. Nur nach schwersten Mühen ist es uns gelungen dort Eingang zu finden. Bis ein vollständiger Umschwung dort eintritt, ist jahrelange Arbeit notwendig. Wie steht's in Elbing, wo sind dort die Bauarbeiter? Keines sind sie rot organisiert, trotz „Berliner“ Arbeiterverein nebst Sekretariat. Und so durch die Bank durch. Muß Kuczinski nicht ein Gefühl der Beschämung beschleichen, wenn er sieht, wie er selbst unfähig war diesen Entwicklungsgang zu hindern. Sollte er nicht die Fähigkeit der Angestellten des christlichen Bauarbeiterverbandes bewundern, mit der sie, allen Widerwärtigkeiten und häßlichen Beschimpfungen von sozialdemokratischer wie „Berliner“ Seite zum Trotz, diesen Erfolg an ihre Fahnen hefteten? Das eine kann ruhig gesagt werden: Ohne den christlichen Bauarbeiterverband wären die Bauarbeiter des Ostens heute restlos den sozialdemokratischen Verbänden ausgeliefert.

### Allgemeines

**Vieh- und Fleischpreise.** „Die Baugewerkschaft“ beleuchtete bereits vor mehreren Wochen das Verhältnis zwischen den hohen Fleisch- und den gesunkenen Viehpreisen. Inzwischen sind die Viehpreise weiter gesunken, während die Fleischpreise immer noch fest sind. So heimfen die Schlächter jetzt seit Monaten einen hohen Gewinn ein, ohne daß die Bevölkerung einen Vorteil von den gesunkenen Viehpreisen hat. Nur in einigen Städten (Köln a. Rh., Paderborn und Schwelm) haben die Fleischereinnahmen beschlossen, die Fleischpreise um 5 bis 10 Pf. pro Pfund herabzusetzen, jedoch mit der Einschränkung, daß die Preise für besonders bevorzugte Stücke nicht herabgesetzt werden. Immerhin ist das etwas. Dem Sinken der Viehpreise entsprechen diese Herabminderungen längst nicht, und, was die Hauptsache ist, erstens kommen sie sehr, sehr spät, und zweitens sind es nur sehr wenige Städte, die eine Verbilligung des Fleisches verzeichnen können. In den meisten Städten rüht sich noch gar nichts. Wir lesen auch nichts von Protesten der Arbeiterschaft. Man hat sich an die hohen Fleischpreise gewöhnt und ist also stille.

Es ist daher zu begrüßen, daß andere Stellen die Initiative in die Hand nehmen. Die Tagespresse meldet, daß die Landwirtschaftskammer für Westfalen an eine Reihe von Stadtverwaltungen ein Schreiben richtete, in welchem es heißt:

„Mit der in den letzten Wochen stattgefundenen Steigerung des Angebots von Schlachtvieh, namentlich von Schlachtschweinen, haben die Viehpreise, und zwar wiederum vornehmlich die Schweinepreise, eine erhebliche Verabsehung erfahren. So z. B. ergeben die amtlichen Preisnotierungen der großen Schlachtdiehmärkte zu Essen, Dortmund und Gelsenkirchen, daß die Schlachtgewichtspreise für die Schweine nur noch 126—132 M für 100 Kilogramm betragen gegen 158—164 M zur gleichen Zeit des Vorjahres, also um 32 M pro 100 Kilogramm Schlachtgewicht oder 16 Pf. das Pfund niedriger sind als im Januar 1913. Dagegen erweist es den Anschein, als ob die Fleischpreise, welche im Herbst des Jahres 1912 der Erhöhung der Viehpreise unverzüglich folgten, noch nicht überall in einer der inzwischen eingetretenen Ermäßigung der Viehpreise entsprechenden Weise wieder herabgesetzt sind, sich vielmehr — wenn überhaupt — nur in sehr abgeschwächtem Maße dem Rückgange der Viehpreise angepaßt haben.“

Was die Landwirtschaftskammer Westfalens hier feststellt, ist eine Tatsache, die in ihrer Wirkung das gesamte Volk, vor allem aber die Arbeiterschaft, schwer schädigt. Hier sollte vor allem die unabhängige Tagespresse eingreifen, um Klarheit über diese Verhältnisse in der Öffentlichkeit zu schaffen. Auch unsere Gewerkschaftsartelle und Sozialen Ausschüsse sollten öffentlich zu der Frage Stellung nehmen. So lange nicht die Öffentlichkeit gegen diese Verhältnisse in unserer Fleischversorgung aufgerufen wird, besteht wenig Aussicht, daß eine Aenderung zugunsten der Verbraucher eintritt.

**Die beste Organisationsform.** In der „Neuen Zeit“, dem wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokratie, diskutiert man zurzeit über die beste Organisationsform der Gewerkschaften. Manchem Parteigenossen genügt die jetzige Abhängigkeit der „freien“ Gewerkschaften von der Partei noch nicht, sie möchten die Rechte noch fester schmieden. Um das zu erreichen, wird vorgeschlagen, die „freien“ Gewerkschaftsverbände — 50 an der Zahl — in einer Einheitsorganisation zu vereinigen, um die Aktionsfähigkeit zu erhöhen. Als bestes Mittel zum Zweck bezeichnet ein anderer Aufsatz („Neue Zeit“ Nr. 18, vom 30. Januar 1914) folgendes:

„Die Schulung der Hunderttausende politisch-indifferenter Gewerkschaftsmitglieder zu überzeugten Sozialdemokraten kann uns aus dem Dilemma der Aktionsunfähigkeit befreien. Nicht nur Mitglied der wirtschaftlichen, nein, auch Mitglied der politischen Organisation der Arbeiterklasse zu sein, ist Vorbedingung für ein erprobtes Verhältnis zwischen Führer und Massen. Dabei wird erreicht, daß die gesamte gewerk-

tschaftlich organisierte Arbeitermacht allein der Sozialdemokratie zugeführt ist, dann können wir auch guten Mutes der Zeit entgegensehen, wo politische Aktionen durch gewerkschaftliche Massenfaktionen unterstützt werden müssen. Ja, dann braucht die Partei nur zu rufen, und alle, alle kommen!“

Alle Gewerkschaftsmitglieder zu überzeugten Sozialdemokraten zu erziehen, das haben die „freien“ Gewerkschaften bisher schon als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet. Noch mehr von ihnen zu verlangen, ist wirklich überflüssig.

**Technische Bedenken gegen die Arbeitslosenversicherung.** Gegen die Arbeitslosenversicherung werden außer grundsätzlichen auch technische Einwände erhoben. Mit den grundsätzlichen Gegnern sich zu befassen, ist in den meisten Fällen verlorene Mühe, weil gegen Urteile und Mangel an sozialem Pflichtgefühl mit Berufungsgründen nicht viel auszurichten ist. Dagegen verlohnt es sich wohl, die technischen Bedenken näher zu prüfen; um so mehr, als ihre Widerlegung meistens nicht schwer ist und so den vorhin gekennzeichneten grundsätzlichen Gegnern der letzte Schein von sachlicher Begründung ihres arbeiterfeindlichen Standpunktes genommen wird.

Es wird geltend gemacht, daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit in den Gewerben verschieden groß ist und außerdem die untüchtigen Arbeiter stärker bedroht sind als die tüchtigen; deshalb müßten letztere bei einer Versicherung die Last für die ersteren mittragen.

Dazu ist folgendes zu sagen: Die Gefahrenunterschiede zwischen den Berufen lassen sich durch Staffelung der Beiträge berücksichtigen, wie bei der städtischen Arbeitslosenversicherung erprobt worden ist. Da war teilweise das Risiko so stark berücksichtigt in den Beiträgen, daß am Ende eine im Verhältnis zur Leistung vielfache Belastung eines Teiles der meistgefährdeten Versicherten dabei entstand.

Also diese Schwierigkeit ist leicht zu überwinden. Wie ist es nun mit der Belastung der Tüchtigen durch die Untüchtigen?

Damit steht es genau so, wie mit den gegen Krankheit und Unfall Versicherten, die alle Beiträge bezahlen, um vor den wirtschaftlichen Folgen der alle bedrohenden Gefahr geschützt zu sein, von denen aber glücklicherweise nur ein Teil krank wird oder verunglückt und so die Paffen in Anspruch nimmt. Damit ist es genau so, wie mit der Feuer-, Hagel-, Haftpflichtversicherung, wobei nach der Logik des hier zur Besprechung stehenden Einwandes die Abgebrannten, Verheirateten usw. eine „unbillige“ Belastung ihrer vom Unglück versicherten Mitversicherten wären. Auch bei der Lebensversicherung wären dann diejenigen, die schon nach dreijähriger Beitragszahlung sterben und so ihre Erben in den Besitz der ganzen Versicherungssumme setzen, eine unbillige Belastung der anderen Versicherten. Diese Beispiele zeigen, daß der Einwand von der Belastung der Tüchtigen hinsichtlich ist und an die Grundlage jeglicher gemeinsamen Schäden Hand anlegt.

Gegen die Arbeitslosenversicherung ist der Einwand auch deshalb nicht stichhaltig, weil diejenigen, die damit vor Belastung bewahrt werden sollen, nämlich die nicht unmittelbar von der Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeiter, bereit sind, die Mittel zur Versicherung mitzubringen. Wohl aber gibt es weite Arbeitgeberekreise, die sich dieser sittlichen Pflicht zu entziehen trachten, obwohl sie an dem Uebel mitschuldig sind, das wir durch die Versicherung bekämpfen wollen.

**Ein neues Agitationsmärchen.** Unter der Überschrift „Christliche oder Gelbe“ geht zurzeit ein Märchen durch die sozialdemokratische Presse, in der behauptet wird, der Direktor der Porzellanfabrik Planckenhammer habe in seinem Betrieb eine Zählstelle der christlichen Gewerkschaft gegründet. 170 Arbeiter und Arbeiterinnen seien bereits derselben angeschlossen. Anscheinend handelt es sich hier um einen Verstoß auf einen schlechten Witz eines kleinen oberpfälzer Blattes, des „Kirchreuther Volksboten“. An der ganzen Geschichte ist kein Wort. In Planckenhammer besteht bis jetzt weder eine Zählstelle der christlichen Gewerkschaft, noch ist überhaupt ein Mitglied der christlichen Gewerkschaft beschäftigt.

**Das Verhältnis zwischen Kirche und Gewerkschaften in Amerika** hat auf dem letzten amerikanischen Gewerkschaftskongress eine sehr interessante Beleuchtung erfahren. Auf diesem Kongress war der katholische Bischof John B. Carroll (Montana) als Gast erschienen und hat eine bedeutsame Ansprache gehalten, die nicht nur für Amerika, sondern auf der ganzen Welt die größte Beachtung verdient. „Achtung vor dem Arbeiter als Mensch, als menschliches Wesen“, so führte der Bischof u. a. aus, „Achtung vor der Kindheit, vor der Würde der Frau, vor dem Heiligtum der Familie, das sind die Motive, die der ganzen Arbeiterbewegung zugrunde liegen und ihr den Erfolg verschafft haben.“

„Ich kann denen keine Sympathie entgegenbringen, die immer an den Gewerkschaften herum zu kritisieren haben... die organisierte Arbeiterchaft ist als Ganzes zu beurteilen und so betrachtet, sind ihre Ziele und Absichten lobenswert, ihre Bestrebungen in der Hauptsache gerechtferigt; sie hat ihre Zwecke durch Mittel erreicht, die niemand verdammen kann, und die dabei entstehenden Fehler sind mehr als wettgemacht durch die guten Endresultate.“

Der bischöfliche Redner ging dann näher auf die Zusammenhänge zwischen Gewerkschaftsbewegung und Religion ein und sagte, es brauche niemand darüber erst zu sein, daß ein Bischof der katholischen Kirche auf einem Kongress offen für den Gewerkschaftsgedanken eintrete.



Verhandlung tragen muß, und zwar 70-80 M. Der Obmann im Schriftführeramt, welcher im vergangenen Jahre verschiedene Male vorgenommen werden mußte, die sich hoffentlich nicht wiederholen. Die rote „Mittelsorge“ wurde in Vergleich gezogen zu der Versicherung Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, welche zugunsten letzterer aussiel. Nachdem erhielt Kollege Weber aus Köln das Wort. Er verbreitete sich über die Aufgaben des Vorstandes. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Daraus gingen hervor: 1. Vorsitzender Herr Weber, 2. Vorsitzender Joseph Grube, 1. Kassierer Eitelstein Ged, 2. Kassierer Georg Pelzer, 1. Schriftführer Peter Uhlhaas, Revisor Straßfeld, Joh. Ged und Umacher, Kassenrevisoren Krämer und Urban. Im nächsten Beschiedenes wurde das Rassenstatut durchgenommen. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften ließ Kollege Weber die Versammlung.

**Vasum.** Am 7. Februar 1914 fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Beschiedenes. Der Vorsitzende, Kollege Reinhold, gab zuerst einen Rückblick auf das verfloßene Jahr. Viel sei in demselben durch die Organisation für die Bauarbeiter erreicht worden. Sodann gab der Kollege Dentrich den Kassenbericht. Die Gesamteinnahme betrug 713,22 M., die Gesamtausgabe 716 M. An die Zentrale wurden eingekassiert 562,41 M. bleibt somit ein Lokalfassenbestand von 36,60 M. Die Kasse war in guter Ordnung befunden und somit wurde dem Kassierer die Entlastung erteilt. Nunmehr wurde zur Vorstandswahl geschritten: erster Vorsitzender Reinhold, zweiter J. Cordes; erster Kassierer H. Dentrich, zweiter Ch. Bokelmann; erster Schriftführer Stolte, zweiter F. Diekmann; Hauskassierer R. Feuerhahn; Revisoren F. Zahmeier und J. Ateier; in die Schlichtungskommission die Kollegen Reinhold, Diekmann und Steinbel. Sämtliche gewählte Kollegen nahmen die Wahl an und erklärten, in voller Kraft mitzuarbeiten an dem Ausbau des christlichen Bauarbeiterverbandes. Zur Aufnahme meldete sich ein Kollege. Im Punkt Beschiedenes wurde das Verhalten der Zimmerleute kritisiert, welche sich noch immer von der Organisation fernhalten. Das sei nicht schön, denn wenn man ernten will, muß man auch mit ansäen. Darum, ihr Zimmerleute von Vasum, heraus aus dem Ostwinkel und in die Organisation hinein. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, dankte der Vorsitzende den Kollegen und ermahnte sie, die Versammlungen gut besuchen und kräftig mitzuarbeiten. Vorwärts wollen wir müssen wir, darum auf zu neuer Arbeit für unsere Organisation.

**Groß-Döbern.** Am 1. Februar hielt unsere Verwaltungsstelle ihre diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Lokal- und Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Beitragserhöhung. Dem Vorsitzenden war zu entnehmen, daß infolge der schlechten Arbeitsgelegenheit im verfloßenen Jahre die Mitgliederzahl auf der alten Höhe erhalten werden konnte. Der Mitgliederbestand vom vorigen Jahre betrug 22, aufgenommen wurden 11, zum Militär abgemeldet sind 4, verstorben sind 6, verstorben 1; demnach am Schlusse des Jahres 22 Mitglieder. Es fanden 12 Versammlungen, 5 Vorstandswahl- und 3 Vertrauensmännerversammlungen statt. Die Einnahme der Zentralkasse betrug 7,33 M., die Ausgabe 73,35 M. Für Lohnbewegung wurden 22,60 M., für Sterbeunterstützung 32 M., für Krankenunterstützung 18,75 M. ausgegeben. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 108,13 M., die Ausgabe 31 M., inkl. 81,42 M. Bestand vom vorigen Jahre blieb ein Bestand von 100,24 M. Als erster Vorsitzender wurde Peter Kolott, als zweiter Paul Kolott gewählt; als erster Kassierer Peter Himolung, als zweiter von Kolott; als Schriftführer Joh. Kolobzie; als Revisoren Paul Himolung und Joseph Palmer; Jakob Hleger und Joh. Ring als Vertrauensleute. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Der Beitrag wurde mit Rücksicht auf den noch um 5 Pf. niedrigeren Stundenlohn nicht erhöht. Es traten noch zwei Kollegen vom „freien“ Verband über. Im Schlußwort bedauerte der Vorsitzende die Interessenlosigkeit so mancher Fernstehender dem Verbands, die zu uns gehören. Er forderte die Kollegen zu größerer Mithilfe auf, damit wir die Differenzen für uns gewinnen.

**Köln.** (Jahresbericht der Verwaltungsstelle.) Im Berichtsjahre war die Bautätigkeit im hiesigen Gebiete recht ziemlich gut. In Köln-Stadt und den Vororten wurden nach den Vierteljahrsberichten des Statistischen Amtes in den ersten drei Quartalen (vom vierten Quartal liegt noch kein Bericht vor) insgesamt 730 Neubauten errichtet. Im vorigen Jahre waren es in der gleichen Zeit 823 Neubauten und 1911 waren es 799 Gebäude. Von den errichteten 730 Neubauten in den ersten neun Monaten der Berichtszeit waren 36 öffentliche Gebäude, darunter 31 für die Eisenbahn- und Militärverwaltung, 21 Geschäftshäuser, darunter die großen Obsteier, Peters, Diekmann, Michels und andere. Des Weiteren wurden 50 Fabriken- und Werkstattgebäude errichtet. Die Zahl der erbauten Wohnhäuser betrug 322 gegen 515 im Vorjahre und 494 im Jahre 1911. Hier zeigt sich so recht die Folgen der Geldknappheit und der schwierigen Beschaffung der Hypotheken. Die Zahl der übrigen Bauten verteilt sich auf Lagerhäuser, Kellern, Stallungen und andere größere und kleinere Nebengebäude. Der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen ist seit 1890 immer mehr gesunken. Damals waren es 75 Prozent, und die neueste Zählung am 1. Dezember 1913 ergab noch 2,27 Prozent. Besonders achtbar ist der Mangel an Kleinwohnungen immer mehr spürbar. Erfreulich ist, daß die verschiedenen gemeinnützigen Baugesellschaften die Beschaffung gesunder und billiger Kleinwohnungen energisch betreiben, und des Weiteren, daß die Stadtverwaltung hierin die Baugesellschaften unterstützt, indem sie ihnen in der Beschaffung von billigen Baugeländen behilflich ist. Hinzu kommt, daß durch Initiative der Stadtverwaltung eine

gemeinnützige Aktiengesellschaft zur Förderung des Kleinwohnungsbaues gegründet wurde, woran die Stadt mit vorläufig 600 000 M. Kapital beteiligt ist. Unsere Verwaltungsstelle ist mit einer Urtie zu 1000 M. an dieser Gesellschaft beteiligt. Die Verjüngung der Altstadt macht jedes Jahr weitere Fortschritte, die Zahl der Gebäudeabbrüche betrug im Berichtsjahre 151, im Vorjahre waren es 173 Abbrüche. Die Bautätigkeit in Mülheim am Rhein wurde durch Errichtung großer Neubauten der industriellen Werke, von der Biepen, der Gasmotorenfabrik und Felten u. Gilleaume (Karlsvert) günstig beeinflusst. Ebenso waren es in Wiesdorf, Opladen und Schlebusch meistens industrielle Bauwerke, die ziemlich Arbeitsgelegenheit boten. In Vangerfeld-Zimmigrath und in Leichlingen war im ersten Halbjahre die Bautätigkeit gut, nachher flaute sie stark ab. In Monheim wurde ein größerer Fabrikneubau in Angriff genommen. In B.-Glabach und in Bensberg wurde, wie schon in den Vorjahren, wenig gebaut. Ebenso auf der anderen Rheinseite, in Brühl und in Frechen, wurde spärlich gebaut. Größere Fabrikneubauten in Vereingte Wille bei Brühl und in Rierberg boten für 500-600 Bauarbeiter Arbeitsgelegenheit. Die Aussichten für die kommende Bauzeit verlaufen günstig. Die langersehnte Erleichterung des Geldmarktes scheint jetzt zu kommen, und somit hoffen wir, daß das hiesige Baugeschäft sich nunmehr wieder voll entfalten wird. Die Schiedssprüche in der allgemeinen Tarifbewegung hatten hier viele Verzögerungen unter den Kollegen hervorgerufen, weil die örtlichen Verhältnisse völlig unberücksichtigt geblieben waren. Insbesondere waren die schon früher geforderten Ausgleichs zwischen städtischen und ländlichen Lohngebieten völlig außer acht gelassen worden. Statt zum Beispiel die Löhne der Lohngebiete B.-Glabach, Brühl, Frechen näher den Löhnen im Lohngebiete Köln gebracht wurden, sind die Unterschiede jetzt noch größer geworden. In Frechen und in Opladen haperte es mit der Durchführung des Tarifs. In Frechen gelang es ohne Arbeitseinstellung, die widerspenstigen Unternehmer zur Zahlung des Tariflohnes zu bewegen; eine dreitägige Sperre über das Baugeschäft Heinrichs in Opladen wirkte derart, daß auch dort allgemein der Tarif innegehalten wurde. Anzuerkennen ist, daß der Arbeitgeberverband seine Mitglieder zur Innehaltung der Tarife anhielt. Eine größere Bausperrre über das Baugeschäft Wingerath aus Wickrath wurde am Bahnhof Kalk-Nord notwendig. Genannter Unternehmer weigerte sich hartnäckig, die hiesigen Löhne zu zahlen, und er versuchte, nachdem die Sperre verhängt war, mit allen Mitteln Arbeitswillige zu bekommen. Nachher erkannte aber auch W., daß sein Vorgehen nicht zum Ziele führe, und er erkannte den Tarif an. Durch örtliche Verhandlungen wurden die bisherigen Staffellöhne im Lohngebiete B.-Glabach in Einheitslöhne abgeändert. Hiermit ist ein alter Janfappel, der zu steter Verunruhigung der B.-Glabacher Kollegen führte, beseitigt. Im St u g e w e r b e kam nach fast endlosen Verhandlungen ein neuer Tarif zustande. Dieser Tarifabschluß hatte, obwohl er auch materielle Verbesserungen für die Gehilfen und Hilfsarbeiter vorsieht, für die hiesige Verwaltung des „freien“ Bauarbeiterverbandes einen unangenehmen Beigeschmack, indem aus verärgelter Stimmung über den Tarifabschluß (es haben da gewiß auch noch andere Ursachen mitgesprochen) über 120 Mitglieder austraten und einen neuen Verband gründeten. Es sind dieses meistens sehr radikale Leute, die mehr sozialdemokratische Parteimänner als Gewerkschaftler sind. Eine Bausperrre der Statuten über das Baugeschäft Falk am Neubau des Warenhauses Tief artete in einen wilden Streik aus. Derartige Vorkommnisse sind nicht geeignet, das Ansehen der Arbeiterorganisationen zu erhöhen. Wir fordern von den Unternehmern Innehaltung der Tarife, wir selbst sind aber auch zur strengsten Innehaltung verpflichtet. Von besonderer Wichtigkeit ist der erstmalige Tarifabschluß im Tiefbaugewerbe für Köln und Mülheim. Damit ist die Grundlage geschaffen für eine Besserstellung der Lage der bisher so schlecht entlohnten Tiefbauarbeiter sowie auch zur Gesundung des Gewerbes überhaupt. In den Tarif sind alle Erdarbeiten an Eisenbahntrassen und Kanalbauten einbezogen. In Vangerfeld-Zimmigrath wurde ebenfalls zum ersten Male ein Tarif für Maurer und Hilfsarbeiter getätigt. Dieser Tarif kam nach mehrmaligen Verhandlungen zustande und sieht namhafte Verbesserungen für die dortige Kollegenchaft vor. Derselbe hat Geltung für die Gemeinden Riegrath und Reusrath. Mit dem 1. Oktober gelangte der Tarif im Plattengewerbe zum Ablauf. Die Arbeitgeber erklärten sich nur dann zu einem neuen Tarifabschluß bereit, wenn die Plattenerger größere Verbesserungen zuließen. Die Kollegen lehnten das Ansuchen der Unternehmer entschieden ab und traten geschlossen am 14. Oktober in den Streik. Bereits am 28. Oktober konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden, da bis dahin ein neuer Tarif getätigt war, der den Kollegen erhebliche Verbesserungen brachte. Dieser Tarif wurde mit einseitigen Bestimmungen für Rheinland und Westfalen abgeschlossen. Im Dachdeckergerwe wurde aus Anlaß einer Geschäftsperre vom Gewerbegericht, das als Einigungsamt von beiden Parteien angerufen war, die Frage entschieden, ob der Tarif noch zu Recht bestesse. Die Dachdecker- und Baulempnermeister haben sich aus einer früheren Meistervereinigung und aus einer freien Junung eine Zwangsinnung geschaffen. Sie glaubten daher aus diesem Grunde, der Tarif habe keine Gültigkeit mehr. Das Einigungsamt entschied, daß der Tarif bis zum Ablaufstermin 1. April 1914 Geltung habe. Die Agitation war noch eine ziemlich ergiebige. Es sind im Berichtsjahre 930 Aufnahmen gemacht worden, und 114 Kollegen traten von den freien Verbänden zu unserem Verbands über. Trotz dieser hohen Zunahmen war am Jahreschlusse die Mitgliederzahl kleiner als zu Ende des Vorjahres. Ende 1912 betrug die Mitgliederzahl 1658 und Ende dieses Jahres 1548. Einmal erklärt sich die starke Fluktuation aus dem Nachlassen des Beschäftigungsgrades im Baugeschäft, wodurch viele Kollegen gezwungen wurden, in Fabriken und anderweitig Beschäftigung zu suchen, und dann geben besonders die Hilfsarbeiter gleich

die Mitgliedschaft auf. Hinzu kommt, daß nach Köln viel junge Handwerker der verschiedensten Berufe zu reisen, um auch einmal am Rhein zu arbeiten, sie werden Verbandsmitglieder und ziehen dann nach wenigen Wochen ihre Straße weiter. Auch ist nicht zu verkennen, daß sich manche vor der großen Tarifbewegung haben aufnehmen lassen, die, nachdem der Tarif getätigt, in unverantwortlicher Leichtfertigkeit ihre Mitgliedschaft preisgegeben haben. Die Zahl der an die Mitglieder abgegebenen Beitragsmarken inkl. Arbeitslofenmarken beträgt 51 436 Stück. Die Gesamteinnahmen einschließlich 6802,18 M. Lokalfassenbestand aus 1912 betragen 47 902,69 M. An die Zentralkasse wurden 19 408,28 M. gesandt. An Unterstützungen wurden gewährt für Rechtschutz 1833,50 M., an Krankenunterstützung 2108,10 M., an Sterbeunterstützung 652 M., an Streikunterstützung 2835,41 M., an Gemäßigten- und Inhaftiertenunterstützung 591,61 M. und an Militärunterstützung 9 M. Die Gesamtsumme der Unterstützungen beträgt also 8029,62 M. Die lokalen Ausgaben betragen 15 489,69 M. An Lokalfassenvermögen verblieben 4949,30 M. Die größer werdende organisatorische und agitatorische Tätigkeit in den Außenbezirken, Vororten, Braunkohlenggebiet, Wiesdorf usw., sowie auch zur Paralisierung der starken Gegenagitation der sozialdemokratischen Verbände wurde eine dritte Kraft notwendig. Hierzu wählte die Ausschussführung den Zimmerer, Kollegen W. Lüderoth aus der Zahlstelle Mülheim. Die Angestellten Beder, Dag und Lüderoth waren im Berichtsjahre in 320 Versammlungen tätig. Des ferneren in 164 Vorstandswahl- und Vertrauensmännerversammlungen sowie Sitzungen der Schlichtungskommissionen und des Tarifamtes. Durch den erteilten Rechtschutz, meistens Klagen am Gewerbegericht, konnten den Mitgliedern 815,14 M. erspart werden. Erfreulich ist, daß viele, namentlich jüngere, Mitglieder sehr auf sachmännliche Ausbildung bedacht sind. So besucht eine Anzahl Kollegen regelmäßig die sachlichen Unterrichtsstunden des Gesellenvereins, andere nehmen Privatstunden, und wieder andere suchen durch Selbststudien ihr Wissen zu bereichern. Dieses Streben nach mehr sachmännlichem Wissen, als auch die Weiterbildung in den praktischen Kunstgriffen des Handwerks muß immer noch mehr allgemeiner unter unserer Mitglieder werden. Jeder sachlich tüchtig ausgebildete Kollege gereicht seinem Handwerk und dem Verbands zur Ehre. Die sachmännliche Tüchtigkeit muß gleichen Schritt halten mit den Anforderungen, die die Neuzeit an uns Bauarbeiter stellt.

Am Sonntag, den 25. Januar, tagte die Ausschussführung der Verwaltungsstelle. Der Jahresbericht soll gemäß Beschluß in einem gemeinsamen Kartellbericht mit erscheinen. Es ist dies insoweit für unsere Mitglieder von Vorteil, als sie dadurch zugleich einen Ueberblick über unsere Bruderverbände im hiesigen Gebiete erhalten. Kollege Beder gab sodann bekannt, daß dieses Jahr gemäß Statut die Beiträge sich in allen Zahlstellen um 5 Pf. erhöhten. Es sei eine Selbstverständlichkeit, daß das Statut hierin maßgebend sei, und jeder Kollege wäre verpflichtet, hiernach zu handeln. Der bisherige Vorstand wurde durch Akklamation einstimmig wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurde der Vorsitzende der Dachdecker, Kollege G. Keller. Allen Kollegen, die im verfloßenen Jahre wieder mitgearbeitet haben, sei auch an dieser Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen. Unsere gute Sache erfordert, daß noch immer mehr Kollegen sich zur Mitarbeit bereitfinden. Bei der Agitation dürfen wir nicht vergessen, daß unser Verband alle Berufe des Baugeschäftes umfaßt. Ein Beruf muß den andern unterstützen, damit alle noch Fernstehenden für den Verband gewonnen werden.

**Ludan.** Sonntag, den 8. Februar, hielten wir unsere Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Bericht des Vorsitzenden. Bericht des Kassierers. Separation der Anträge. Erhöhung des Beitrages für 1914. Vorstandswahl und Beschiedenes. Aus den Berichten ist hervorzuheben, daß unsere Verwaltungsstelle jetzt 165 Mitglieder zählt. Ein Streik, den wir über eine Firma wegen Nichtinnehaltung des Tarifes führen mußten, endigte für uns mit vollem Erfolg. Der Streik kostete 44,10 M. Der Kassenbestand der Lokalkasse betrug 92,42 M. Auf Antrag wurden einem Kollegen 5 M. Unterstützung bewilligt. Der Beitrag wurde für 1914 um 5 Pf. pro Woche erhöht. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, nur tauschten die beiden Kassierer ihre Posten, so daß jetzt der Kollege Kuyta erster Kassierer ist. Sodann wurden noch einige Hauskassierer gewählt. Nun, Kollegen, heißt es, auch im neuen Verbandsjahr kräftig an dem Ausbau unseres Verbandes zu arbeiten!

**Lingen (Ems).** Am 1. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Vortrag unseres Bezirksleiters Müller-Münster. Den Jahresbericht gab der erste Vorsitzende, Kollege Grebe. Er hob hauptsächlich hervor, daß die elf Mitglieder-versammlungen, von denen in fünf unser Bezirksleiter einen Vortrag gehalten hat, von seiten der Kollegen mangelhaft besucht waren. Den Kassenbericht gab der Kassierer, Kollege Otten. Die Einnahme der Zentrale betrug 892,84 M., die Ausgabe der Zentrale 62,20 M. Der Lokalfassenbestand am Schlusse des Jahres war 195,04 M. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender J. Grebe, zweiter A. Ahrend; erster Kassierer G. Otten, zweiter G. Greving; erster Schriftführer J. Dredigkeit, zweiter Klus; Revisoren die Kollegen J. Landzettel und H. Diekhom; Hauskassierer die Kollegen Duff, Grube, Janning, Werswolke, Schomaker, Giers und Zudinger. Der Vortrag unseres Bezirksleiters, Kollegen Müller-Münster, ging dahin, daß nun auch sämtliche Kollegen mit dem Vorstand Hand in Hand arbeiten müßten. Besonders legte er uns die Agitation unter den jüngeren und zugereiften Bauarbeitern dringend ans Herz. Alle Kollegen müßten an der Erledigung der gewerkschaftlichen Arbeiten mithelfen. Zum Schlusse richtete der Vorsitzende noch ein paar Worte an die Kollegen. Er betonte, ihr habt einen Vorstand gewählt,



als Schriftführer Johann Walcher. Die Ge-  
 hälften nahmen das Amt an mit dem Versprechen, eifrig  
 den Fortschritt des Verbandes zu wirken. Bei den  
 schwierigen Verhältnissen Oberschlesiens ist das Zusammen-  
 arbeiten aller Mitglieder um so dringender notwendig.

**Mitglieder.** Am Sonntag, den 1. Februar, fand bei  
 Gastwirt Emil Seng unsere Generalversammlung statt,  
 wozu Kollege Stahl-Julda als Referent erschienen war.  
 Unser 1. Vorsitzender nicht erschienen war, eröffnete  
 der 2. Vorsitzende, Kollege Wilh. Kress, die Versammlung  
 mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Zahl-  
 liste, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag des Kollegen Stahl,  
 Diskussion. Der Kassierer erstattete den Jahresbericht.  
 Er führte an, daß wir leider im verflossenen Jahr  
 Mitglieder verloren, mithin eine Mitgliederzahl von  
 zum Schlusse des letzten Quartals haben. In der Vor-  
 standswahl wurden gewählt: Theodor Hartung als 1. Vor-  
 s.ender, Reinhard Sorg als zweiter, Joseph Bauer als  
 Kassierer, Bernard Bauer als Schriftführer, Rudolf Stöhr  
 als Des. Schärer als Revisoren. Kollege Stahl schil-  
 derte die Verhältnisse der Organisation, wie sie hier  
 in der Umgegend liegen; so könne es nicht weiter-  
 gehen, jeder einzelne Kollege müsse mehr mitarbeiten.  
 Er streifte die finanziellen Verhältnisse und wies dar-  
 auf hin, daß der Tarif von Mitteldeutschland noch nicht  
 unterschrieben wäre, was, wenn man die Umstände er-  
 wäge, zu Bedenken Anlaß gäbe. In der Diskussion  
 erwähnte der 2. Vorsitzende alle anwesenden Kollegen,  
 wofür er dankbar sei, damit die Zahl 40 wieder über-  
 ritten wird, auch müßte der Versammlungsbesuch besser  
 werden. Zwei Kollegen ließen sich neu aufnehmen,  
 worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

**Tätigkeiten.** (Verwaltungsstelle.) Am 14. Februar  
 fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf  
 Tagesordnung standen: 1. Jahresbericht, 2. Vor-  
 standswahl, 3. Verschiedenes. Der Kassierer erstattete  
 den Jahresbericht, der ein erfreuliches Bild aufwies.  
 Dem Kassierer wurde die Entlastung erteilt, und man  
 ging zur Vorstandswahl über. Zum ersten Vorsitzenden  
 wurde der Kollege Joseph Engel wiedergewählt; zum  
 Kassierer der Kollege Joseph Heine II, zum Schriftführer  
 der Kollege Karl Bodt; zu Revisoren die Kollegen Wilhelm  
 Heine I und Gottlieb Ullde. Der erste Vorsitzende forderte  
 die Kollegen auf, pünktlich und eifrig die Versamm-  
 lungen zu besuchen. Mit einem Hoch auf die christlichen  
 Gewerkschaften schloß er die Versammlung.

**Kernscheid.** Eine anregende, von echtem gewerk-  
 schaftlichen Geiste durchdrungene Bezirkskonferenz fand am  
 Sonntag, den 8. Februar, in Kernscheid statt. Es war  
 die erste, seitdem die beiden Verwaltungsstellen Kern-  
 scheid und Solingen einen Bezirk bilden. Die wichtigsten  
 Punkte der Tagesordnung waren der Tätigkeitsbericht  
 der Kollegen Mergenthal und ein Referat des Kollegen  
 Unterbrodt über den Bauarbeiterbesch. Kollege Mergen-  
 thal wies einleitend auf die wichtigsten Ereignisse des  
 verflossenen Jahres, die Tarifveränderung, den Deutschen  
 Arbeiterkongress und den Gewerkschaftsprozess, hin, und  
 übertrug dann eingehend die Ergebnisse unserer Bezirks-  
 konferenz, der auf der letzten Konferenz am 26. Jan.  
 1913 im Vorbergrunde stand, daß für das Oberbergische  
 was Besonderes getan werden müsse, sei vertieft  
 worden. Wir seien einen guten Schritt vorwärts gekom-  
 men. Außer dem Zuwachs in den bereits bestehenden  
 Abteilungen seien noch vier neue hinzugekommen, und  
 der Lüttringhauser, Südeswager, Wipperfürth und  
 Labbröl. Im ganzen seien in der Verwaltungsstelle  
 Kernscheid 221 Mitglieder aufgenommen worden, es käme  
 hi darauf an, die Gewonnenen zu halten. Mergen-  
 thal habe an 79 Mitgliederveranstaltungen, an 2 öffent-  
 lichen, 40 Vorstandswahl- und Vertrauensmännerversam-  
 mlungen mit den Arbeitgebern, 9 Schlichtungs-  
 kommissionsitzungen, 2 Gerichtsverhandlungen, 21 Kar-  
 ten- und sozialen Kommissionsitzungen, 4 Konferenzen  
 und 8 Sitzungen des Sozialen Ausschusses teilgenommen.  
 In diesen Versammlungen bzw. Sitzungen seien 181 Jah-  
 re lang notwendig gewesen. Der schriftliche Verkehr sei ziem-  
 lich reger gewesen. Der Posteingang war 76 Briefe, 128  
 Postkarten, 38 Druckfachen und 9 Pakete. Der Post-  
 ausgang betrug 202 Briefe, 203 Postkarten, 378 Druck-  
 fachen und 2 Pakete. In 10 Fällen sei Rechtsschutz  
 in Anspruch genommen, und der gesamte Erfolg betrage dadurch  
 10 M. Alles in allem konnten wir also mit dem  
 Jahre zufrieden sein. In der Diskussion wurden gleich-  
 falls Berichte aus den einzelnen Abteilungen, deren 15 zum  
 Vortrage kamen, gegeben. Es sprachen Kessler, der als  
 Vorsitzender der Konferenz gewählt war, Fuchs, Mertens  
 und Meuser aus Kernscheid, Köllner, Seibach und Darius  
 aus Solingen, Köllner, Ohligs und Böcher aus Wipper-  
 fürth. Sodann hielt Kollege Unterbrodt einen sehr lehr-  
 reichen Vortrag über den Bauarbeiterbesch. In Hand  
 der gesammelten Materialien gab er praktische Winke, die  
 die Durchführung des Arbeiterschutzes notwendig seien.  
 Die Aufmerksamkeit lauschten die Anwesenden den Aus-  
 s.ungen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Kess-  
 lingen 1., Bremer-Kernscheid 2., Vorsitzender; Meuser-  
 Kernscheid 1., Gustav Müller-Lanney 2. Schriftführer;  
 Weisiger wurden gewählt die Kollegen Köllner-Kern-  
 scheid und Philipp Seelbach-Solingen; als Revisoren  
 Köllner-Ohligs und Wasserf. Lüttringhausen. Nach-  
 dem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt  
 waren, schloß Kollege Kessler die gut verlaufene Konferenz.

**Stukkateure.**

**Berlin.** (Kupfer.) Am 11. Februar fand unsere  
 diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende,  
 Kollege Donderst, eröffnete dieselbe mit folgender Tages-  
 ordnung: 1. Jahresbericht, 2. Erhöhung der Beiträge,  
 Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Dem Jahresbericht  
 nahmen wir, daß im verflossenen Jahre zehn Mit-  
 gliederveranstaltungen stattgefunden haben, in denen sechs  
 Vorträge gehalten wurden. Ferner fanden eine Vor-  
 standswahl statt und eine Baukontrolle. Es mußten  
 die Bauplätze verhängt werden. Mitgliederbestand  
 zu Beginn des Jahres 21, davon sind infolge der

schlechten Konjunktur abgetreten 18, ausgetreten 12. Auf-  
 genommen wurden im Laufe des Jahres 15, ausgeschie-  
 den wieder 2, bleibt Bestand 74. Die Gesamteinnahme  
 betrug 2000,85 M, das sind 573,25 M weniger als im  
 vorhergehenden Jahre. Die Erhöhung der Beiträge  
 wurde nach einiger Diskussion bis zur nächsten Ver-  
 waltungsstellenversammlung vertagt. Gewählt wurden  
 als Vorsitzender Hieronymus Donderst, zweiter Jos.  
 Martins, erster Schriftführer Rud. Rhode, zweiter Jos.  
 Weisiger, Joh. Romattus; Begräbnisdeputation Paul Be-  
 goll, G. Donderst, Aug. Konejke. Im Berichtedenen  
 rügte der Vorsitzende Donderst den mangelhaften Ver-  
 sammlungsbesuch des vergangenen Jahres und bat die  
 Kollegen dringend, sich doch in diesem Jahre eifriger an  
 den Versammlungen zu beteiligen.

**Aus der deutschen Gewerk-  
 schaftsbewegung**

**Der bayerische Eisenbahnerverband** hat im Jahre  
 1913 eine Mitgliederzunahme von 1745 zu verzeichnen  
 und zählte am Jahresschluß 28 650 Mitglieder. Das  
 Kasienvermögen steigerte sich auf über 100 000 M. Der  
 Rechtschutz, der den Mitgliedern vom Verband gewährt  
 wird, wurde stark in Anspruch genommen und erforderte  
 eine Ausgabe von 6120 M. Neben einer rührigen  
 Ständearbeit leistet die Organisation der bayerischen  
 Eisenbahner auch Unentgeltliches auf dem Gebiete  
 der genossenschaftlichen Selbsthilfe, durch Kohleneinkaufs-  
 kassen, Rabatgenossenschaften usw. Dem Unterrichtswe-  
 sen wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet durch Abhaltung  
 von Unterrichtskursen, Verbreitung belehrender Literatur  
 und durch ein besonderes „Unterrichtsbblatt“, das dem  
 Verbandsorgan beigelegt wird. Die eigens verwaltete  
 Unterrichts-Klasse des bayerischen Eisenbahner-  
 verbandes zählte Ende des Jahres 15 900 Mitglieder, hat  
 ein Vermögen von 1 050 000 M und im vergangenen  
 Jahre für Sterbe-, Invaliden- und Krankenunterstützung  
 insgesamt 98 000 M ausbezahlt. Der bayerische Eisen-  
 bahnerverband, der dem Gesamtverband der christlichen  
 Gewerkschaften Deutschlands seit Jahren angeschlossen ist,  
 kann auf die Entwicklung der letzten Jahre mit Genug-  
 tunung zurückblicken.

**Aus Arbeitgeberverbänden**

**Der Bund deutscher Dachdecker-Zünfte** hielt  
 seinen 30. Verbandstag am 19. Januar in Magdeburg  
 ab. Aus dem Bericht über die Tätigkeit des Bundes-  
 vorstandes ist zu entnehmen, daß in der Bundesleitung  
 ein Wechsel vorgenommen werden mußte, und daß der  
 Bund gegenwärtig 1089 Mitglieder zählt.  
 Ueber die Sicherung der Bauforderungen  
 auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuches referierte der  
 Vorsitzende, Obermeister Horn-Dresden. Eine Besse-  
 rung der bestehenden Verhältnisse im Bauwesen sei nur  
 durch scharfe gesetzliche Bestimmungen zu erreichen. Da  
 jedoch der zweite Teil des Gesetzes schwerlich jemals in  
 Kraft treten werde, so müsse auf Grund der geltenden  
 gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen und durch reichs-  
 gerichtliche Entscheidung ein das Handwerk befriedigen-  
 des Verhältnis geschaffen werden. Er ersuchte die Delegir-  
 ten, zur Verbeisführung einer solchen Entscheidung  
 einen entsprechenden Kostenbeitrag zu bewilligen, damit  
 die Begriffe „Grundstück“ und „Grund und Boden“ (§§ 93  
 und 94 des Bürgerlichen Gesetzbuches) einwandfrei fest-  
 gelegt werden. Einem von mehreren Zünften gestellten  
 Antrage, diesen Betrag auf 100 M festzusetzen, wurde  
 einstimmig zugestimmt. Auf Anregung von Gregor-Berlin  
 sprach der Verbandstag noch sein Bedauern darüber aus,  
 daß der zweite Teil des Gesetzes über die Sicherung der  
 Bauforderungen immer noch nicht in Kraft getreten ist.

In einem weiteren Vortrage behandelte der Bürger-  
 meister Dr. Oberle-Moschen den Existenzkampf des  
 Mittelstandes. Der Redner verbreitete sich ein-  
 gehend über das Submissionswesen und über die diesem  
 anhaftenden Mängel. Sehr zweifelhaft seien die Be-  
 griffe über Qualität und angemessenen Preis. Notwendig  
 zur Verbeisführung besserer Verhältnisse sei die Erfüllung  
 folgender drei Forderungen: 1. Reform der Ausschrei-  
 bungsunterlagen bzw. Schaffung von eindeutigen Blan-  
 ketts; 2. Heranbildung von besonders zu schulenden  
 Sachverständigen zum Zwecke richtiger Festsetzung des  
 Preises der Lieferung vor der Abnahme; 3. exakte Prü-  
 fung der Qualität der gelieferten Arbeiten. Das Sub-  
 missionswesen könne und dürfe nicht vom Reichstag scha-  
 blonenhaft für das ganze Reich festgelegt werden, dies  
 müsse vielmehr den einzelnen Gemeinden überlassen wer-  
 den, da diese viel sachgemäßer in jedem einzelnen Falle  
 vorgehen können. Das Handwerk müsse eine neue Regu-  
 lung der Preiswirtschaft mit aller Energie anstreben;  
 Landwirtschaft und Arbeiterchaft, Kartelle und Syndi-  
 kate hätten darin ein Vorbild gegeben, und wenn der Preis  
 für die Fabrikate und Arbeiten objektiv berechtigt sei,  
 so würden diese unzweifelhaft segensreich.

Ueber die gesetzliche Arbeitslosenversiche-  
 rung referierte Köllner-Dresden. Er lehnte sie na-  
 türlich ab. Die Arbeitslosenversicherung müsse Sache  
 der Arbeiter bleiben, die Arbeitgeber dürften dazu nicht  
 mit Beiträgen herangezogen werden. Beschlossen wurde  
 schließlich, energig gegen die Einführung der gesetz-  
 lichen Arbeitslosenversicherung Stellung zu nehmen und  
 dies zur Kenntnis des Reichstages zu bringen.  
 Zum Schlusse berichtete Max Jungl-Berlin über  
 die in Berlin am 11. Oktober 1913 abgehaltene Sitzung  
 zur Abänderung der Unfallversicherungsvor-  
 schriften für das Dachdeckergewerbe. Wie  
 er versicherte, sind die Interessen des Gewerkes dabei  
 energig vertreten worden. Ob auch die Interessen der  
 Bauarbeiter um mehr Schutz für Leben und Gesundheit?  
 Das will uns hiernach zweifelhaft erscheinen.

**Trockene Räume durch  
 Anwa-Zusatz  
 zum Zementmörtel**

Dichtel und  
 desinfiziert den  
 Zementmörtel.

Vom Kgl. Material-  
 Prüfungsamt Groß-  
 Lichterfelde geprüft  
 auf einen Wasser-  
 druck von 6,84  
 Atmosphären. Sehr  
 ausgiebig und billig.  
 Muster und Prospekt  
 Nr. 612bl gratis.

A. W. Andernach, Beuel a. Rhein.

**Gerichtliches**

**Beim Aufstellen des Dachstuhls verunglückt.**  
 sk. Leipzig, 12. Februar. (Nachdr. verb.) Wegen jahr-  
 lässiger Lösung hat das Landgericht Mainz am  
 6. Oktober 1913 den Bauunternehmer Jakob Struth  
 aus Fintzen zu einem Monat Gefängnis verurteilt.  
 Struth, der sein Baugegeschäft schon seit mehreren Jahren  
 betreibt, hatte im Frühjahr und Sommer 1913 zugleich  
 sieben Bauten aufgenommen, worunter sich auch eine  
 Scheune befand, die unter der Aufsicht des Zimmer-  
 manns Schreiber für seinen eigenen Gebrauch errichten  
 ließ. Am 20. Juni 1913 schlug Schreiber mit Hilfe  
 des Zimmermanns L. den Dachstuhl auf die Scheune  
 auf. Er errichtete zunächst auf der Stiebsiebende einen  
 Bod auf der Langenzangenanlage, verfestigte ihn durch  
 Balken, stellte sodann die beiden mittleren Binder auf,  
 brachte aber keine Verstrebungen an, sondern legte über  
 ihre Zangen und die des Bodens die „Schwarten“. Als  
 er nach Vollendung der Veranschlagung und Anbringung  
 der Mittelstette mit der Seitenstette beschäftigt war,  
 kam Struth auf den Bau und fragte, ob gut abgewartet  
 sei. Schreiber bejahte dies und schob die Seitenstette  
 auf die Binder und auf den Bod auf. Da das Loch in  
 der Stette nicht auf den Zapfen in der Bodzange paßte,  
 wollte Schreiber die Mittelstette etwas nach dem Bod  
 zu wenden, ließ daher von L. die Schwarten los schlagen  
 und hob mit der Leiter die Mittelstette ein wenig in  
 die Höhe. Hierbei stürzten die Binder ein und erschlugen  
 den Schreiber. Diesen Unfall durch Fahrlässigkeit ver-  
 ursacht zu haben, wurde dem Struth aus folgenden Grün-  
 den zur Last gelegt: Als verantwortlicher Bauleiter sei  
 nicht Schreiber, der nur etwas freiere Hand besaß, aber  
 kein selbständiger Teilhaber war, sondern nur Struth  
 zur obersten Bauaufsicht verpflichtet gewesen. Diese Pflicht  
 habe Struth fahrlässig außer acht gelassen. Da  
 schon die Veranschlagung völlig unzulänglich und an ihrer  
 Stelle unbedingt die festliche Versteifung nötig gewesen  
 sei, hätte Struth, der die Situation genau kannte, keines-  
 falls gestatten dürfen, daß die Binder nun auch durch  
 das Los schlagen der Schwarten ihres letzten kümmerlichen  
 Haltes beraubt wurden. Auf Grund seiner Erfahrung  
 wäre es ihm durchaus möglich gewesen, den Unfall  
 vorzubeugen und seinem Eintreten durch geeignete Maß-  
 nahmen vorzubeugen. Es entlasse ihn daher auch nicht  
 die konkurrierende Fahrlässigkeit des Schreiber und des L.,  
 da sie von ihm, dem zur Aufsicht Verpflichteten, ge-  
 duldet worden sei. Die Revision des Struth, die gel-  
 tend machte, daß der Leiter des Scheunenbaues der  
 verunglückte Schreiber und er daher nicht zur Aufsicht  
 verpflichtet gewesen sei, daß ihr ferner auch nicht der  
 Vorwurf der Sorgfaltspflichtverletzung treffe, weil er  
 die fahrlässige Handlungsweise der anderen, die Binder  
 aus aller Befestigung zu lösen, nicht habe voraussehen  
 können, hat das Reichsgericht auf Antrag des Reichs-  
 anwalts als unbegründet verworfen.

**Aus dem Baugewerbe**

(Unter dieser Rubrik finden Bauverträge, Submissionsergebnisse, technische Neu-  
 erungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauverträge sind  
 so schnell wie möglich einzulenden.)

**Köln.** Am Sonnabend, den 7. Februar, wurde  
 unser Kollege Wilh. van Kann von einem Wagen mit  
 Gerüstholz überfahren. An den Folgen dieses Unfalls  
 ist der Kollege inzwischen verstorben. Der Unfall kann  
 nur dadurch passiert sein, daß der Verunglückte während  
 der Fahrt am Wagen etwas in Ordnung bringen wollte.

**Bücherchau**

**Druckschriften zum Arbeiterkongress und Ge-  
 werkschaftsprozess.** Im Anschluß an den dritten deutschen  
 Arbeiterkongress sind im Christlichen Gewerkschaftsverlag,  
 Köln, Denioer Wall 9, mehrere Druckschriften erschienen,  
 die größere Beachtung für sich beanspruchen können.

1. Die christlich-nationale Arbeiter-  
 bewegung. Enthält die Eröffnungsrede des Kon-  
 gressvorsitzenden Abg. Behrens, dessen Bericht über  
 die Tätigkeit des Ausschusses des deutschen Arbeiter-  
 kongresses, den Vortrag von Redakteur Voos über „Nati-  
 onale Entwicklung und soziale Bewegung in Deutsch-  
 land“ und die Schlussrede des Kongressvorsitzenden Steger-  
 wald. 2. Eine Broschüre über „Lebensmittel-  
 Teuerung und Lebensmittel-Versorgung“. Vortrage  
 von Generalsekretär Stegerwald nebst Aus-  
 sprache auf dem 3. Deutschen Arbeiterkongress zu Berlin.  
 — Diese beiden Broschüren kosten für Mitglieder der  
 christlich-nationalen Arbeiterorganisationen je 10 Pf., im  
 Buchhandel 50 Pf. — Ferner ist im gleichen Verlag eine  
 178 Seiten umfassende Druckschrift erschienen unter dem  
 Titel: „Der Kölner Gewerkschaftsprozess. Die Grund-  
 sätze der christlichen Gewerkschaften in gericht-  
 licher Beleuchtung.“ Diese Schrift enthält folgende Haupt-  
 abschnitte: Vorwort; Einleitung; die Anlage; der Tat-

bestand; die Zeugenvernehmung; die Plädoyers der Rechtsanwalter; das Urteil; der Prozeß im Urteil der Presse. Preis für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 20 Pf., im Buchhandel 1 M. Sämtliche Schriften können durch den christlichen Gewerkschaftsverlag wie durch alle Buchhandlungen bezogen werden.

Briefkasten

Nach Landsberg (Ostpr.), Blesen und anderwärts. Die eingegangenen Berichte sind auf beiden Seiten beschrieben. Können also nicht veröffentlicht werden. Berichte an Zeitungen dürfen immer nur auf einer Seite beschrieben sein. Wir haben in der „Baugewerkschaft“ doch schon so oft darauf hingewiesen, daß man es nun endlich überall wissen könnte.

Berichtigungen

Im Jahresbericht von Eliba (Zimmerer) waren einige Namen falsch angegeben. Dieselben müssen heißen: B. Jolj und Albert Sarborowski (Dilkskassierer), A. Krawkowski und Leo Trepzid (Schriftführer), J. Kögel und A. Sarborowski (Parriedelegierte). — Wir bitten dringend darum, Personen- und Ortsnamen so deutlich wie nur möglich zu schreiben, dann können keine Irrtümer entstehen.

Wismar. (Verwaltungsstelle.) Im Jahresbericht ist abzuändern: An Krankenunterstützung heißt es 2108,10 M., soll heißen 2113,90 M. Bei Streikunterstützung heißt es 2835,41 M., soll heißen 2855,41 M. Dieses sind 25,80 M. mehr an Ausgaben.

Bekanntmachungen

Verwaltungsstelle Kassel.

Den Kollegen zur Mitteilung, daß wir hier einen Arbeitsnachweis eingerichtet haben. Derselbe befindet sich im Versammlungslokal Ritter, Mittelgasse 42. Es ist Pflicht eines jeden arbeitslosen und zugereichten Kollegen, sich dort zu melden. Erhält der sich meldende Kollege Beschäftigung, sei es durch unsere Vermittlung oder durch eigenes Umschauen, so ist es Pflicht des Kollegen, dieses der Arbeitsnachweisstelle sofort mitzuteilen.

Darauf seien die Kollegen, die Forderungen an den Verband haben, darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Ansprüche beim Kassierer geltend machen müssen, wenn sie dieser nicht verlustig gehen wollen.

Achtung! Verwaltungsstelle Hamburg.

Die nach Hamburg zureisenden Kollegen werden dringend gebeten, sich sofort anzumelden, und zwar auf unserem Sekretariat Hamburg 5, Bremerreihe 12, part., Telefon: Gruppe 5, 1478.

Bezirk Königsberg.

An Bezirksbeitragen gingen ein: Dirschau (W.) 49,16 Mark, Dirschau (Z.) 19,40 M., Christburg 5,45 M., Braunsberg 36,85 M., Weilsberg 65,85 M., Guttstadt 6,90 M., Stegers-Breslau 22,10 M., Ruhig 37,30 M., Tuchel 12,20 Mark, Tapiau 6,50 M., Seeburg 4,30 M., Neustadt 14,65 Mark.

Verwaltungsstellen, welche den Beitrag zum Bezirk vom 4. Quartal 1913 noch nicht eingezahlt haben, werden hiermit gebeten, dieses unverzüglich zu tun. Königsberg, den 16. Februar 1914.

Aug. Schonefas, Bezirksleiter.

Verwaltungsstelle Necklinghausen.

Zureisende und arbeitssuchende Verbandskollegen melden sich in Necklinghausen auf dem Bureau Paulusstrae 20, parterre. Sprechstunden Montags und Donnerstags von 10 bis 1 Uhr und von 5 bis 8 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr.

In den Auenorten sind folgende Meldestellen: Necklinghausen-Süd: bei Bernh. Wille, Bausbergstr. 33. Erkenschwid: bei Gastwirt Rausch, Steinberg- und Dornburger Straßen-Ecke.

Datteln: bei Franz Fubwendahl, Wener Straße 3. Sals: bei Wilh. Jorle, Heinrichstraße 14. Dalters: bei Anton Pantrup, Wehrstraße 22. Kart: bei Franz Schulz, Juppelinstrae 29. Derten-Langenbochum: bei Joseph Sauerbier, Ferten, Kampstrae 12.

Eine größere Anzahl Kollegen kann in Arbeit gebracht werden.

Ausschneiden und aufbewahren!

Der Verwaltungsvorstand.

J. A. Karl Janz.

Sterbetafel.

Am 7. Februar starb unser treuer Kollege, der Maurer Johannes Schmidt, im Alter von 63 Jahren an Lungenentzündung.

Zahltelle Westerbe (Eichsfeld).

Am 10. Februar starb unser treuer Kollege der Maurer Heinrich Biedeler an Lungenentzündung im Alter von 30 Jahren.

Verwaltungsstelle Warendorf.

Am 12. Februar starb unser treuer Kollege Wilh. van Rann durch Unfall im Alter von 54 Jahren.

Zahltelle Bocholz (Berm. Lachen).

Am Mittwoch, den 18. Februar, starb infolge Unglücksfalles unser lieber Kollege Franz Hergensdoder aus Kerbersdorf im Alter von 24 Jahren.

Zahltelle Erle.

Ehre ihrem Andenken!

Soziale Kurse in Westfalen.

Dehnhausen. Sonnabend, den 28. Februar. Thema: „Die Arbeiterorganisationen und ihre Grundsätze.“ Bergkirchen. Montag, den 2. März. Thema: „Arbeiterorganisationen und ihre Grundsätze.“ Meunighuffen. Dienstag, den 3. März. Thema: „Die konfessionellen Vereine.“ Enger. Dienstag, den 3. März. Thema: „Christliche und materialistische Weltanschauung.“ Herford. Mittwoch, den 4. März. Thema: „Konfessionellen Vereine.“ Giddenhhausen. Mittwoch, den 4. März. Thema: „Die konfessionellen Vereine.“ Sartum. Freitag, den 6. März. Thema: „Die konfessionellen Vereine.“

Nr. 1235. Original oder Nachahmung? Nachahmungen guter Originalfabrikate sind in der Regel minderwertiger und sehr selten billiger als die Originalware, daher kaufen Geschaftskleute, die ihr Geld schon bezahlt haben, lieber „echte“ Fabrikate als Nachahmungen. Da aber jeder Mensch mal Lehrgelbes bezahlen muß, so gibt es eben auch Abnehmer für Nachahmungen. Neuerdings werden auch die bekannten „echten“ Falztafeln „Rosmos“, die allein von W. Andernach in Beuel am Rhein hergestellt werden, nachgemacht, und diese Nachahmungen teilweise unter demselben klingendem Namen in den Handel gebracht. Man erkennt einige Nachahmungen sofort am Geruch. Die „echten“ „Rosmos“-Tafeln werden nach einem Verfahren hergestellt, wodurch leicht flüchtige, riechende Bestandteile entfernt werden, während durch dieses Verfahren Stabilität, Dauerhaftigkeit, Wasserdichtigkeit und Dichtigkeit erhöht werden. Im Inneren der Gebäude kann der Geruch der nachgemachten Falztafeln eine große Rolle spielen, da er bei Wärme sich unangenehm bemerkbar macht. Man achte daher bei Kauf und Anbringung sehr genau auf die Bezeichnung „Rosmos“, die bekannte Dreizack-Fabrikmarke und die Firma W. Andernach, da es bei Behörden nachträglich schon vorgekommen ist, daß ein anderes Fabrikat nachträglich die „echten“ Falztafeln „Rosmos“ ersetzt werden muß. Man verwende daher im eigenen Interesse nur wirklich nachgemachte Falztafeln „Rosmos“, die sich seit langem Jahren bewährt haben und über deren Bewährung Serie von maßgebenden Zeugnissen vorliegen. Es darf ausgesprochen, daß irgendeine Nachahmung einen derartig starken Beweis für ihre Gulte erbringen kann. Selbst wenn der Preis hin und wieder etwas niedriger sein sollte, spielt das gegenüber der anerkannt vorzüglichen Wirksamkeit des Andernachschen Originalfabrikates keine Rolle, da die Hauptfaktoren bei Isolierungsarbeiten die die Aufwendungen für Anbringungsmaterial und Anbringung sind. Der Fabrikant der echten Falztafeln „Rosmos“, W. Andernach in Beuel a. Rhein, ist gern bereit, Ihnen kostenfrei den ausführlichen Prospekt Nr. 612 und Musterkostenfrei zu uberfenden.

Eine Uhr schenken wir Ihnen.



Wenn Sie unsere 100 Ansichtspostkarten im Bekanntheitskreis verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll verziert, für richtigen und verlastlichen Gang einjährige Garantie. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen in Kommission frei, und nach Verkauf senden Sie uns 5 Mark, worauf wir Ihnen die Uhr schicken. I. Stern Company G. m. b. H., Berlin W 30, Mischener Straße 49, Abt. 5.

Eimer Heringe

Wann nicht 100 Ansichtspostkarten im Bekanntheitskreis verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll verziert, für richtigen und verlastlichen Gang einjährige Garantie. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen in Kommission frei, und nach Verkauf senden Sie uns 5 Mark, worauf wir Ihnen die Uhr schicken. I. Stern Company G. m. b. H., Berlin W 30, Mischener Straße 49, Abt. 5.

ERNST HESS Harmonika-Fabrik

Wann nicht 100 Ansichtspostkarten im Bekanntheitskreis verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll verziert, für richtigen und verlastlichen Gang einjährige Garantie. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen in Kommission frei, und nach Verkauf senden Sie uns 5 Mark, worauf wir Ihnen die Uhr schicken. I. Stern Company G. m. b. H., Berlin W 30, Mischener Straße 49, Abt. 5.

2 Aale

Wann nicht 100 Ansichtspostkarten im Bekanntheitskreis verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll verziert, für richtigen und verlastlichen Gang einjährige Garantie. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen in Kommission frei, und nach Verkauf senden Sie uns 5 Mark, worauf wir Ihnen die Uhr schicken. I. Stern Company G. m. b. H., Berlin W 30, Mischener Straße 49, Abt. 5.

Landesagerei

Wann nicht 100 Ansichtspostkarten im Bekanntheitskreis verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll verziert, für richtigen und verlastlichen Gang einjährige Garantie. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen in Kommission frei, und nach Verkauf senden Sie uns 5 Mark, worauf wir Ihnen die Uhr schicken. I. Stern Company G. m. b. H., Berlin W 30, Mischener Straße 49, Abt. 5.

Kohlkasse

Wann nicht 100 Ansichtspostkarten im Bekanntheitskreis verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll verziert, für richtigen und verlastlichen Gang einjährige Garantie. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen in Kommission frei, und nach Verkauf senden Sie uns 5 Mark, worauf wir Ihnen die Uhr schicken. I. Stern Company G. m. b. H., Berlin W 30, Mischener Straße 49, Abt. 5.

RATIONAL Für jeden Instrumentenbehaltlich

Wann nicht 100 Ansichtspostkarten im Bekanntheitskreis verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll verziert, für richtigen und verlastlichen Gang einjährige Garantie. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen in Kommission frei, und nach Verkauf senden Sie uns 5 Mark, worauf wir Ihnen die Uhr schicken. I. Stern Company G. m. b. H., Berlin W 30, Mischener Straße 49, Abt. 5.

Sie entzünden! werden alle anrufen, die suchen den neuerdientenen Frachtkatalog des modernen, uns als streng reell bekannten Versandgeschaftes Jona & Co. zu sehen bekommen. Es ist auch eine wahre Freude, ihn durchzu-blattieren. Die erdenklichsten Sachen sind darin aufgeführt, wie Uhren, Goldwaren, Schmucksachen, photographische Apparate, Musikinstrumente, Grammophone, Geschenks- und Erganzartikel aller Art. Sämtliche Waren werden in gebraucherlicher Ausführung auf Wunsch gegen bequeme Monatsraten geliefert. Mit welchem enormen Umsatz die Firma zu tun hat, beweist allein schon der riesige Uhrenversand, der sich im letzten Jahre auf über 60 000 Stück belief, und der Verkauf in Musikapparaten, der im letzten Jahre tausende Sprechmaschinen und zirka 200 000 Schallplatten betrug. Näheren Aufschluß kann sich jeder Leser unserer Zeitung aus dem reich illustrierten Frachtkatalog holen, dessen Zustellung erfolgt an jeden Interessenten auf Wunsch sofort und völlig kostenlos durch die Firma Jona & Co., Berlin N.S. 672, Belle-Alliance-Straße 3.

Kollegen! Kauft bei den Inserenten der „Baugewerkschaft“.

Arbeitsnachweis

Wenn Sie unsere 100 Künstler-Postkarten verkaufen. Die Postkarten senden wir Ihnen in Kommission frei, und wenn Sie sie verkaufen wollen, schicken Sie uns 5 Mark, worauf wir Ihnen die Arbeitsnachweisstelle schicken. Stern & Schatz, G. m. b. H., Berlin W 30, Behrenstrae 22, Abt. 22.

Wenn Sie eine wirklich gute Feder brauchen, so kaufen Sie eine „Kunstlerfeder“ von Hesse. Sie ist die beste Feder der Welt. Sie ist aus dem besten Stahl gefertigt und hat die besten Eigenschaften. Sie ist für alle Zwecke geeignet und ist in allen Größen zu haben. Preis 1 Mark. Hesse & Co., Berlin W 30, Behrenstrae 22, Abt. 22.

Elefanten Handkistenwagen. Kann man spazieren fahren. mit unseren extra starken Handkistenwagen (Marke Weißer Elefant). Unertroffen in Ausführung und Preis. Mehr als 100 000 in täglichem Gebrauch. Verlangen Sie bei Bedarf umgehend Spezial-Preisliste Nr. 888. Westfalia-Industrie-Industrie-Brunne Lichtschalt, Osnabrück.

Waffen. Sie haben Ihre Waffen etc. nicht direkt von uns? Machen einen Versuch. Wir bieten Ihnen große Vorteile! No. 47, Raster-Apparat in massivem Stahl. Erstickung, Div. Mk. 2.40. 5 Jahre Garantie. Durchaus nach Bedienung. Tausende Anerkennungen. Reichhalt. Katalog über 1000 und Art. Katalog gratis. Adrian & Stock, Solingen 1.

Veranstaltungs- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahltelle. Alteneffen: ... Effen: ... Rothhausen: ... Steier: ...